

DIE LINKE ZEITUNG

Spende bitte

Zeitung der Partei DIE LINKE. des Kreisverbandes Salzlandkreis

02/2013

20 Jahre BLZ/ DLZ

Friedrich Schütz

Vor zwanzig Jahren, am 2. Februar 1993, erschien die erste Ausgabe der Bernburger Linken Zeitung (BLZ). Sie hatte einen Umfang von acht Seiten und eine Auflage von 300 Exemplaren. Über ihr Anliegen hieß es in einem redaktionellen Artikel: „Sie ist für alle Mitglieder und Sympathisanten der PDS, für alle Linksorientierten da... Unsere Zeitung will nicht wiederholen, was andere bringen, sondern eigene Meinungen, Beiträge und Berichte zu Fragen, die unsere Mitglieder und Wähler im Kreis Bernburg bewegen... Ihre Wünsche, Probleme, Sorgen und Nöte sowie ihre Vorschläge, Standpunkte und Aktivitäten sollen das Bild dieser Zeitung prägen... Wir wünschen unserer gemeinsamen Zeitung einen guten Start“. Von diesen Sätzen läßt sich die Redaktion auch heute noch leiten.

Unter der von Professor Rolf Zierold geleiteten Redaktion, der auch Hella Käthner, Angelika Trench und Friedrich Schütz angehörten, konnte die Auflage bis zum Ende der 1990er Jahre schrittweise auf 700 Exemplare erhöht werden. Bedingt durch die rückläufige Mitgliederentwicklung konnte dieser Stand aber nicht gehalten werden.

Eine Zäsur in unserer nun zwölf Seiten

umfassenden Zeitung war es, als sie seit Anfang 1997 in jeder Ausgabe mit einer Beilage von wichtigen Reden, Beschlüssen oder Artikeln aus dem Presседienst der PDS sowie der Mitgliederzeitschrift DISPUT erschien.

Es hat sich bewährt, daß die meisten Artikel von vielen der Mitglieder Unseres Kreisverbandes selbst geschrieben werden. Hier Namen aufzuführen, halte ich aber nicht für angebracht. Erwähnt werden sollen aber einige Autorinnen und Autoren von der Bundes- und Landesebene, so Hans Modrow, Sylvia- Yvonne Kaufmann, Rosemarie Hein, Harald Werner, Wolfgang Gehrcke und ganz besonders Andre Brie. Eine wichtige Unterstützung waren die Abgeordneten, angefangen mit Heidi Knake- Werner und Birke Bull, seit 2005 Jan Korte und danach Sabine Dirlich.

Die Redaktion der BLZ und später auch die der DLZ haben sich bei der Auswahl der Beiträge stets davon leiten lassen, diese zu einer Hilfe für die politische Tätigkeit der Mitglieder zu machen. So unterstützten sie alle Wahlkämpfe, informierten über die Bundes- und Landesparteitage sowie über ausgewählte Veranstaltungen im Kreisverband. Breiten Raum nahmen auch immer Artikel zur Öffentlichkeitsarbeit ein.

Was die inhaltliche Seite betrifft, so befaßten und befassen sich die Beiträge mit Themen zur Friedens- und internationalen Politik, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur Bildungs- und Gesundheitspolitik, zur Kommunalpolitik, zur Umweltpolitik und zur Gleichstellungspolitik. Auch Artikel über die Vertretung ostdeutscher Interessen durch unsere Partei haben in der Zeitung ihren Platz.

Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform und der Gründung der Partei DIE LINKE und der sich daraus ergebenden Bildung des Kreisverbandes Salzlandkreis wurde 2007 aus der BLZ, der einzigen in den bisherigen drei Kreisverbänden, Die LINKE Zeitung (DLZ). Neue Autorinnen und Autoren, aber auch viele Leserinnen und Leser kamen hinzu. Die DLZ hat gegenwärtig eine Auflage von 1000 Exemplaren, davon 500 im Bereich Bernburg, 200 in Staßfurt und je 150 in Aschersleben und Schönebeck.

Anlässlich des Jubiläums möchte ich mich im Namen des Kreisvorstandes und der Redaktion bei allen Leserinnen und Lesern ganz herzlich bedanken. Der Dank gilt ferner allen Autorinnen und Autoren sowie jenen Genossinnen und Genossen, die monatlich die Zeitung austragen und die Spenden einsammeln sowie meinen jetzigen und früheren Mitstreitern in der Redaktion. Besonders bedanken möchte ich mich bei Jana Lankau für ihre vielseitige Unterstützung.

Aus dem Inhalt

Das Thema:

Parteileben

- | | |
|--|--|
| Seite 1- 5 | • Stadtratsfraktion Schönebeck-
eine Bilanz Seite 9 |
| • Landtagswahlen in Niedersachsen
Seite 6 | • Erfolgreiche Unterschriftenaktion
Seite 10 |
| • Wahlkampfauftakt für Jan Korte
Seite 7 | • Gedenktag für die Opfer des
Faschismus |
| • Zum neuen Polizeigesetz
Seite 8 | Seite 11 |

9. Kreisdelegiertenkonferenz der LINKEN

Klaus Magenheimer

Der gastgebende Ortsverband Staßfurt begrüßte durch seinen Sprecher Siegfried Mahlfeld am 2. Februar die Delegierten des Kreisverbandes im Sitzungssaal der Stadtwerke zur 9. Delegiertenkonferenz, unter ihnen die Landesvorsitzende Birke Bull, das Mitglied des Landesvorstandes Elke Reinke, die beiden Bundestagsabgeordneten Rosemarie Hein und Jan Korte, die in ihren Wahlkreisen bereits nominiert worden sind. Mit dabei war die Landtagsabgeordnete Sabine Dirlich als Vorsitzende der Kreistagsfraktion.

In seinen Begrüßungsworten ging Siegfried Mahlfeld auf aktuelle Probleme ein. So beschäftigten der beabsichtigte Bau einer Biogasanlage, die Situation der Wohnungsgesellschaft, die Staßfurter Mauer und eine Demokratieverhinderungsanordnung des Oberbürgermeisters die Mitglieder und die Vertreter im Stadtrat sowie in den Ortschaftsräten. Er bezeichnete die öffentliche Präsenz der Basis als eine gute Voraussetzung für die bevorstehenden Wahlkämpfe.

Der Kreisvorsitzende Lothar Boese hob in seiner Rede die Wirksamkeit unseres ständigen Einstehens für gesetzliche Mindestlöhne, Steuergerechtigkeit auf die anderen Parteien hervor. Der ständige Druck von links bewirkt bei ihnen ein langsames Umdenken und eine Übernahme unserer Positionen. Aber kann man der SPD wirklich bei ihrer jetzigen Gerechtigkeitsentdeckung trauen? Ihre Ankündigungen müssen durch unseren Druck auf den Prüfstand gestellt werden. Das kürzlich vorgestellte Spitzenteam zeigt unsere Kompetenz für Sachfragen und muss die öffentliche Debatte bestimmen.

Die Landesvorsitzende Birke Bull unterstrich unsere Forderung, für gute Arbeit auch gutes Einkommen zu erhalten. Der kommende 1. Mai soll für eine weitere Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn genutzt werden. Die Kommunalwahlen 2014

sind langfristig so vorzubereiten, dass genügend Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden, die auch weiterhin gestaltungswillig sind und Protestfähigkeit besitzen.

Neben der Darstellung einzelner Schwerpunkte ihrer Arbeit benannte die Bundestagsabgeordnete Rosemarie Hein, wirksam im Wahlkreis Magdeburg mit Schönebeck, ihre zukünftigen Arbeitsschwerpunkte - Arbeit, Bildung, Demokratie, Gesundheit,

Öffentlichkeitsarbeit formulierte er die Aufgabe, für jeden Ortsverband in seinem Wahlkreis monatlich einen Informationsstand zu organisieren.

Aktuell zum Wohnungsproblem in Staßfurt formulierte der Vorsitzende des Mietervereins von Bernburg und Staßfurt Peter Kaufmann die Aufgabe, gegen die gerade im Bundestag beschlossene Mietrechtsänderung als Mieterrechtsverschlechterung zu protestieren. Er rief zu einer Unterschrif-



v.l.n.r. Martina Schaar, Klaus Magenheimer, Sabine Dirlich, Tobias Pochanke, Waltraud Bölke, Elke Reinke, Ralf-Peter Schmidt, Frank Godniak, Alexander Behm. Nicht auf dem Foto, aber gewählt Birke Bull (Foto: privat)

Rente, Wohnen.

Der im Wahlkreis Anhalt direkt gewählte und erneut nominierte Jan Korte unterstrich, dass Wahlkampf auch Spaß machen muss. Die Öffentlichkeit sollte auch ständig erfahren, wie die Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt abstimmen. Daran kann man auch deutlich vergleichen, wie die Abgeordneten die Interessen ihrer Wähler wirklich im Bundestag vertreten. Er benannte 3 Kernkompetenzen zur Wahl: die soziale Gerechtigkeit mit der Beseitigung der Lohnunterschiede und der Rentenangleichung, eine konsequente Friedenspolitik und die Interessenvertretung Ostdeutschlands im Bundestag. Als Kümmererpartei muss aber auch die Wirksamkeit im Westen weiter erhöht werden. Zur Verstärkung der

tenaktion auf.

In den anschließenden Wahlhandlungen wurden Birke Bull, Elke Reinke, Sabine Dirlich, Martina Schaar, Waltraud Bölke, Ralf-Peter Schmidt, Alexander Behm, Klaus Magenheimer, Tobias Pochanke und Frank Godniak zu Delegierten für den Landesparteitag in den Jahren 2013 und 2014 gewählt. In einem weiteren Wahlgang wurden Birke Bull, Elke Reinke, Martina Schaar, Sabine Dirlich, Waltraud Bölke, Ralf-Peter Schmidt, Klaus Magenheimer, Tobias Pochanke, Alexander Behm und Jörg Lemmert als VertreterInnen für die Landesvertreterversammlung im April gewählt. Die Kreistagsabgeordnete Martina Schaar aus Könnern wurde in den Kreisvorstand nachgewählt.

Auswertung des Mitglieder- und Finanzbereiches für den Salzlandkreis zum 31.12.2012

Petra Giest

Zum Jahresbeginn 2012 hatte der Kreisverband 216 weibliche und 262 männliche Mitglieder, insgesamt somit 478. Bedingt durch die verschiedenen Faktoren wie Austritte, Wegzüge, Tod und Streichung von Mitgliedern, die seit Monaten bzw. seit Jahren keinen Beitrag gezahlt hatten, verringerte sich unsere Mitgliederzahl zum Jahresende auf 432, davon 195 weibliche und 237 männliche.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass man kein Mitglied unserer Partei mehr ist, wenn man 6 Monate keinen Beitrag gezahlt hat und sich nicht wenigstens mit der Landesgeschäftsstelle oder mit mir in Verbindung gesetzt hat, um eine akzeptable Lösung für beide Seiten zu finden. Obwohl man ja selbst wissen müsste, ob man Beitrag gezahlt hat oder nicht, erfolgt natürlich laut der Bundessatzung, Abschnitt 2, § 3 eine Information an das jeweilige Mitglied mit der Bitte, den Fehlbetrag auszugleichen und eine neue Einzugsermächtigung

einzureichen.

Der Landesfinanzrat hatte für das Jahr 2012 eine Zuführungssumme von 56.160,00 Euro für den Salzlandkreis vorgegeben. Diese Vorgabe haben wir mit 108,69% erfüllt. Diese und die weiteren Euro Angaben sind vorläufige Angaben und können sich demzufolge noch verändern. Anders sieht es bei dem Finanzplanbeschluss durch den Kreisvorstand aus.

Hier wollten wir 65.000,00 Euro bei den Beiträgen, 5.000,00 Euro bei den Spenden und 10.000,00 Euro bei den Mandatsträgerbeiträgen, somit eine Gesamtsumme von 80.000,00 Euro, erreichen. Leider haben wir das mit 93,91% bei den Beiträgen, 82,72% bei den Spenden nicht erreicht. Obwohl nur 32 Mandatsträger einen Beitrag abführten, konnte die Plansumme mit 100,95% erfüllt werden. Wenn nun alle Mandatsträger ihren Beitrag dazu leisten würden, könnten wir noch gestärkter in die kommende Kommunalwahl 2014 gehen. Ich möchte hier

noch einmal auf die Bundessatzung, Abschnitt 2 § 6 hinweisen.

Wie unterschiedlich der Stand der Einnahmen in den Regionen bei Beiträgen, Spenden und Mandatsträgerbeiträgen ist, kann durch die Aufstellung des Plan/Ist Vergleiches für 2012 in den jeweiligen Basisgruppen ausgewertet werden. Diese Aufstellung wurde an alle Regionen zur Auswertung in den Basisgruppen ausgegeben. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die angegebenen Beträge und Prozente, hier und in der schriftlichen Ausgabe noch nicht verbindlich sind.

Für das Jahr 2013 wollen wir die Mitgliederzahl im Salzlandkreis mindestens auf 440 erhöhen und die Zuführung an den Landesverband über 51.480,00 Euro, unsere Mitgliederbeiträge über 60.000,00 Euro, Spenden über 5.000,00 Euro und Mandatsträgerbeiträge über 10.000,00 Euro erfüllen. Die Plansummen hat jedes Kreisvorstandsmitglied in schriftlicher Form bereits erhalten.

Neujahrsempfang des Ortsverbandes Aschersleben

Frank Godniak

Wie jedes Jahr fand am 22.01.2013 der traditionelle Neujahrsempfang im Ascherslebener Bestehornhaus statt. Neben Mitgliedern des Ortsverbandes Aschersleben waren auch zahlreiche Gäste erschienen. Gleich zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages folgten unserer Einladung. MdB Harald Koch aus Sangerhausen, der sehr eng mit Aschersleben verbunden ist, und MdB Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, konnten wir als Gäste begrüßen.

Nachdem Wolfgang Menzel die Veranstaltung eröffnet hatte, meldete sich Elke Reinke zu Wort. Elke stellt sich in diesem Jahr als Direktkandidatin für den Deutschen Bundestag zur Wahl. Sie hatte 2005 schon einmal den Einzug in das Bundesparlament ge-

schaft. Eindeutig legte sie ihre Ziele, die vor allem im Bereich Soziales und Arbeitsmarktpolitik liegen, dar.

Wolfgang Gehrcke analysierte die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden ganz klar. Das sei aber kein Grund zu resignieren. Im Gegenteil. Aus diesen Fehlern heißt es zu lernen und das Gelernte für unsere Arbeit in Vorbereitung der Bundestagswahl anzuwenden. Eindeutig hob er hervor, dass unsere Partei keine Partei des Ostens ist, sondern eine Bundespartei. Schließlich können wir von uns sagen, dass wir in der Verfolgung unserer Ziele stets konsequent waren und das wird auch so bleiben. Beispielsweise hat unsere Partei noch nie einem Kriegseinsatz der Bundeswehr zugestimmt und das wird sie auch nie tun.

Harald Koch, der sein Direktmandat wieder verteidigen will, äußerte sich überzeugt davon, dass ihm das auch gelingen wird. Harald bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass sich daran nichts ändern wird. Mit der Eröffnung des Bürgerbüros in der Heinrich-Heine-Straße sei ein wichtiger Schritt getan worden. Jetzt sei es wichtig, das Büro mit Leben zu erfüllen.

Kulturell wurde der Empfang von Herrn Sack umrahmt. Seine durchaus humoristischen Gesangseinlagen wurden von den Gästen mit viel Beifall bedacht. Nach der Eröffnung des Buffet gab es angeregte Gespräche unter allen Teilnehmern. Alles in allem kann man sagen, auch dieses Mal war der Neujahrsempfang ein voller Erfolg und wir sind gut auf die Bundestagswahl vorbereitet.

Neujahrsempfang im Bernburger Wahlkreisbüro

Elke Rehmann

Am 21. Januar 2013 luden bereits zum 5. Mal der Bundestagsabgeordnete Jan Korte, die Landtagsabgeordnete Birke Bull sowie der Kreisverband und die Kreistagsfraktion zum Neujahrsempfang ein.

Auch diesmal folgten zahlreiche Gäste der Einladung, darunter Vertreter von SPD, der Gewerkschaft Ver.di, der Stadtverwaltung, kommunalen Unternehmen, Verbänden und Vereinen.

Der Kreisvorsitzende Lothar Boese begrüßte eingangs alle Anwesenden und betonte in seiner Rede, wie wichtig es ist, dass DIE LINKE als festes Bindeglied in der Parteienlandschaft ernst genommen wird.

Birke Bull gab einen kleinen Rückblick auf die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, welche positive Aspekte enthielt, aber auch Rückschläge für unsere Partei brachte. Trotz allem schaut sie optimistisch in das Jahr 2013. Die WählerInnen müssen wieder Vertrauen schöpfen, was gerade jetzt im Hin-



Neujahrsempfang im Bürgerbüro Bernburg
(Foto: privat)

blick auf die Bundestagswahl positives Denken und Handeln von uns allen erfordert.

Jan Korte bedankte sich nochmals für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und hofft auf die Verteidigung seines Direktmandates bei der anstehenden Bundestagswahl. Sein Dank galt aber auch allen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ca. 2800 Unterschriften für das Bleiberecht der armenischen Familie Kalaschyan eintraten. Dies war ein Akt der Solidarität, die typisch für den Osten Deutschlands ist. Es freute ihn

ganz besonders, dass der Mitinitiator dieser Aktion, Pfarrer Johannes Lewek, der Einladung zum Neujahrsempfang gefolgt ist.

Im Anschluss betonte Sabine Dirlich als Vertreterin der Kreistagsfraktion, dass das Vertrauen der Bürger in die Politik am ehesten über die Kommunalpolitik zu erringen ist. Die Politikverdrossenheit der Bevölkerung wird nicht mit Redenschwingen überwunden, sondern es müssen in der Praxis Lösungskonzepte aufgezeigt werden. Danach unterhielten sich die Gäste bei einem Glas Sekt über aktuelle politische Themen, das Duo Kati & Hannes sorgte für die musikalische Umrahmung. Für das leibliche Wohl sorgte ein reichhaltiges buntes Bufett, welches von den Mitarbeitern der Stiftung Evangelische Jugendhilfe angefertigt wurde. Es war ein gelungener Abend. Allen fleißigen Helfern gilt unser herzlicher Dank.

Erste Festlegungen zur Führung des Bundestagswahlkampfes

Klaus Magenheimer

Zu Beginn seiner Tagung am 6. Februar wertete der Kreisvorstand die am 2. Februar in Staßfurt durchgeführten Konferenz als erfolgreich und zum Ziel führend. Er bedankte sich bei allen an der Durchführung Beteiligten (s. Seite 2). Das Auftreten der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl fand in der Öffentlichkeit Beachtung.

Als politisch wichtig und Signal gebend würdigte der Kreisvorstand die unterschiedlichen Veranstaltungen aus Anlass des Gedenktages der Opfer des Faschismus und dankte allen, die sich als OrganisatorInnen und Gäste beteiligten. Als geeignete Form der Basis- und Öffentlichkeitsarbeit wurden die durchgeführten Neujahrsempfänge gewertet und ihre weitere Durchführung signalisiert.

Die politische und organisatorische Führung des Bundestagswahlkampfes stellt den Kreisvorstand vor umfangreiche Aufgaben. Er ist verantwortlich für die Organisation in insgesamt drei Wahlkreisen. Auf der Grundlage eines präzisen Wahlkampfkalenders sind das öffentliche Auftreten der Kandidatinnen zu organisieren, die Info - Stände regelmäßig durchzuführen, Materialien zu verteilen und eine flächendeckende Plakatierung zu organisieren. Eine wichtige Aufgabe der nächsten Wochen ist die Diskussion des Entwurfs des Wahlprogramms. An den hierfür sowohl vom Parteivorstand als auch vom Landesvorstand organisierten Regionalkonferenzen sollten möglichst viele Mitglieder teilnehmen, ebenso an der Veranstaltung mit André Brie in Bernburg. Auch finanzielle

Mittel sind als Spenden einzuwerben. Für die Teilnahme an einer ersten Abstimmungsberatung für den Wahlkreis 71 in Köthen wurde geworben. Ein kleines Wahlbüro soll die Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisverbänden koordinieren.

Nächste Höhepunkte sollen Veranstaltungen zum 8. März und Aktionen zum „UMfairTEILEN – Reichtum“ besteuern werden.

Der Kreisvorstand verständigte sich, die im Herbst anstehende Kreisdelegiertenkonferenz mit der Neuwahl des Vorstandes nach den Bundestagswahlen durchzuführen. Voraussichtlicher Ort der Durchführung soll Güsten sein.

Neujahrsempfang des Ortsverbandes Saale-Wipper

Tobias Pochanke

Zu Ihrem ersten Neujahrsempfang luden die LINKEN des Ortsverbandes Saale-Wipper am 26. Januar in den ehemaligen Gemeindesaal Amesdorf ein. In seinen Einleitungsworten ging der Ortsvorsitzende Ernst-Hermann Brink auf die anstehenden Aufgaben in der Verbandsgemeinde ein: „Es gibt viele Probleme zu lösen. Doch ohne das nötige Kapital ist immer nur ein Teil der Aufgaben lösbar. Wir wollen Prioritäten für die Menschen in unseren Orten setzen.“ Er begrüßte Vertreter der Wirtschaft, Vereine und Politik. Außerdem hieß er ehrenamtlich engagierte, wie auch mit Rechtsbewusstsein couragierte Bürgerinnen und Bürger von Amesdorf herzlich willkommen. Vor knapp einem Jahr entschied sich die Mehrheit aus SPD und CDU im Güstener Stadtrat dazu, entgegen dem 2009 ausgehandeltem Eingemeindungsvertrag die Grundsteuer für die Ortsteile Amesdorf und Warmsdorf zu erhöhen. Eine massive Flut von Widersprüchen erreichte das Güstener Rathaus. Die

Androhung von Verwaltungsgebühren verschreckte viele Grundbesitzer, so dass im Juli 2012 noch 10 Kläger gerichtliche Schritte gegen die Stadt Güsten einleiteten. Die Anhörung und ein Urteil stehen noch aus.

Als Gastredner konnte der Sangerhäuser Bundestagsabgeordnete Harald Koch gewonnen werden. Er sprach sich für die Bedeutung von Neujahrsempfängen aus. „Für viele Empfänge werden Eintrittsgelder von 25 Euro verlangt, welche von nur auserwählten Bürgern finanzierbar sind. Für die meisten ehrenamtlich Engagierten scheidet die Teilnahme schon am Geldbeutel.“ erklärte der Abgeordnete. Die Kluft zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Deshalb bekräftigte er die Forderung unserer Partei nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro, um ein existenzsicherndes Leben oberhalb der Armutsgrenze führen zu können. Und auf die derzeitigen Forderungen von SPD und Grünen betonte er, dass

es nicht reiche nur links blinken.

Das Bufett wurde hauptsächlich aus regionalen Produkten zusammengestellt. Dazu gehörten Getränke aus Gänsefurth ebenso wie Äpfel aus Bründel. Kulturell hatte der Neujahrsempfang ebenfalls einiges zu bieten. So gab es eine Bilderausstellung der Güstener Malerin Magda Goetze, welche derzeit eine größere Sammlung ihrer Werke im Staßfurter Bergbaumuseum präsentiert. Viel Applaus gab es für das Akkordeon-Quintett der Kreismusikschule „Béla Bartók“ des Salzlandkreises unter Leitung von Dieter Giesemann.

Am 25. Oktober 2012 wurde der Osten Kubas von einem Wirbelsturm der Kategorie 2 heimgesucht. Bei einer Spendensammlung auf dem Neujahrsempfang konnten 110 Euro für den Wiederaufbau einiger Projekte gesammelt werden.

Tobias Pochanke ist Pressesprecher des Ortsverbandes Saale-Wipper

Bernd Riexinger kommt nach Bernburg

Über Bundestagswahlkampf und politische Bildung

Friedrich Schütz

Eine wichtige Aufgabe für alle Mitglieder, die aktiv am Wahlkampf teilnehmen ist das gründliche Kennenlernen unseres Bundestagswahlprogramms. Der Parteivorstand führt dazu fünf Regionalkonferenzen durch, wobei die für Sachsen-Anhalt und einige andere ostdeutsche Landesverbände am 9. März in Berlin stattfindet. Dazu kommen die in Verantwortung des Landesvorstandes ab Mitte März geplanten Regionalkonferenzen. Die Bedeutung dieser Veranstaltungen auf beiden Ebenen wird auch dadurch deutlich, wenn die Parteivorsitzenden in ihrem Brief schreiben: „Wir wollen uns mit aller Kraft auf diese, unsere Führungsverantwortung konzentrieren“.

Das allein reicht nicht aus. Der Ent-

wurf des Wahlprogramms sollte auch Thema in den Kreisverbänden sowie in den Orts- und Basisorganisationen sein. Ich habe deshalb für den 4. März Andre Brie eingeladen (s. Seite 12). Es sei daran erinnert, daß er an der Erarbeitung vieler früherer Programme unserer Partei aktiv beteiligt und bei verschiedenen Wahlen Bundeswahlleiter war. Dazu kommen sowohl seine umfassenden Erfahrungen auf allen Ebenen unserer Politik als auch seine enge Verbindung zu unserem Kreisverband.

Im Mai, das genaue Datum steht noch nicht fest, wird die Diskussion des Wahlprogramms mit unserem einstimmig gewählten Direktkandidaten Jan Korte fortgesetzt. Ein weiterer Schwer-

punkt dieser Veranstaltung wird sein, wie durch vielfältige Formen der Wahlkampf erfolgreich geführt werden kann. Um unser Ziel, das Direktmandat zu gewinnen, zu erreichen, brauchen wir viele gute Ideen.

Höhepunkt und Abschluß des Vorwahlkampfes ist der Besuch unseres Parteivorsitzenden Bernd Riexinger am 6. Juni unter dem Thema „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!“ im Metropol. Damit diese Veranstaltung ein großer Erfolg wird, ist nicht nur eine gründliche Vorbereitung durch den Kreisverband, sondern auch durch alle Gliederungen erforderlich. In einer der nächsten Ausgaben werden wir ausführlicher hierüber informieren.

Zur Wahlniederlage der LINKEN in Niedersachsen

Friedrich Schütz

Bei der turnusmäßigen Landtagswahl am 20. Januar in Niedersachsen erhielt DIE LINKE nur 3,1 % der gültigen Stimmen. Sie ist damit nicht mehr in diesem Landtag. Das war, wie es in der Information über die Tagung des Parteivorstandes vom 20. und 21. Januar heißt, ein „für uns alle enttäuschendes Ergebnis“. Damit ist unsere Partei nach den Niederlagen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen im Mai 2012 in kurzer Zeit aus drei westdeutschen Landtagen „rausgeflogen“, und sie ist jetzt in diesem Landesteil nur noch in Hessen, im Saarland sowie in Hamburg und Bremen vertreten.

Sieht man sich die Wahlergebnisse und hört sich die Reden der führenden Politiker/innen an, so zeigt sich, daß es sich bei dieser Wahl um einen typischen „Lagerwahlkampf“ handelte. Schwarz-Gelb unter dem Ministerpräsidenten David Mc Allister, dem Nachfolger des kurzzeitigen Bundespräsidenten Christian Wulff, wollte weiterhin die Regierung stellen, und Rot-Grün unter dem Spitzenkandidaten der SPD, dem Oberbürgermeister von Hannover Stephan Weil, versprach einen Politikwechsel. Die Wahl zwischen diesen beiden Gruppen verlief äußerst knapp, und sie endete mit dem Vorsprung von nur einem Sitz für SPD und Grüne.

Die CDU als stärkste Partei gewann 1.287.730 Stimmen, was 36,0 % entspricht, und damit 54 Mandate. Sie verlor aber gegenüber der Wahl vom 27. Januar 2008 etwa 170.000 Stimmen und 14 Sitze. Etwa 101.000 ihrer damaligen Wähler/innen stimmten jetzt für die FDP. Auch an die SPD und die Grünen verlor sie 34.000 bzw. 19.000 Stimmen. Bedingt durch die etwas höhere Wahlbeteiligung (59,4 % statt 57,1 %) konnte sie über 60.000 Personen aus dem Lager der Nichtwähler/innen für sich gewinnen.

Ihr Bündnispartner FDP, deren Einzug in den Landtag lange als ungewiß galt, profitierte vor allem von den rund 101.000 sogenannten Leihstimmen der CDU. Sie

gewann 354.971 Stimmen bzw. 14 Mandate. Mit einem Anteil von 9,9 % erreichte sie ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Niedersachsen.

Die SPD konnte gegenüber der letzten Wahl rund 130.000 Stimmen mehr gewinnen. Sie erhielt 1.165.538. Das entspricht 32,6 %, wofür es 49 Mandate gibt. Sie konnte etwa 95.000 frühere Nichtwähler/innen für sich gewinnen, dazu aber auch etwa 34.000, die für die CDU gestimmt hatten.

Die Grünen erhielten gegenüber der letzten Wahl über 200.000 Stimmen mehr und kamen auf 489.572 bzw. 13,7 %, was mit Abstand ihr bisher bestes Ergebnis in Niedersachsen ist und wofür es 20 Mandate gibt. Sie erhielten über 60.000 Stimmen aus den Reihen der Nichtwähler, aber auch fast 50.000 von der SPD.

DIE LINKE, für die 2008 243.361 Wähler/innen stimmten, das waren 7,1 %, wofür es 11 Sitze gab, kam bei dieser Wahl nur auf 112.215 Stimmen und damit auf die bereits erwähnten 3,1 %. Etwa 36.000 ihrer früheren Wähler/innen gingen dieses Mal nicht zur Wahl. Sie verlor, außer an die FDP, Stimmen an alle übrigen Parteien, besonders an die Grünen und an die SPD. In nur 5 der 87 Wahlkreise konnte sie die 5 Prozent-Hürde überspringen, darunter in Hannover-Linden mit 6,8 % und im Wahlkreis Elbe, das ist das Wendland, mit 5,9 %.

Über diese Wahlniederlage unserer Partei ist bereits viel geredet und geschrieben worden. Ich erwähne hier nur den Wahlnachtbericht von Horst Kahrs, dem auch alle hier angeführten Wahlergebnisse entnommen sind, einen Artikel des Landesvorsitzenden Manfred Sohn in der Zeitung „junge Welt“ am 22. Januar und den am 9. Februar in Hameln durchgeführten Landesparteitag.

Ich möchte aus dem Artikel Manfred Sohns nur einen Satz hervorheben: „Wir wußten von Wählerpotentialanalysen im Vorfeld: Wir haben einen starken Sockel von rund 50.000 Menschen, und darüber hinaus rund 450.000 Menschen,

die zwischen SPD, Grünen, Wahlenthaltung und uns schwanken.“ Der Wahltag hat dann aber gezeigt, daß diese recht große Gruppe sich nur zu einem recht kleinen Teil für DIE LINKE entschieden hat. Ich sehe die Hauptursache für diese Wahlniederlage darin, daß frühere Wähler/innen unserer Partei diese gegenwärtig nicht als ihre Interessenvertreterin sehen.

Über den Landesparteitag sei folgendes Zitat aus dem ausführlichen Bericht in der Zeitung „neues deutschland“ angeführt: „Wählerstimmen, die zum Einzug ins Parlament gefehlt haben, hatten die Parteien für sich gewinnen können, ‚die links blinken, nach der Wahl aber rechts abbiegen.‘ Kernziel der LINKEN sei es, eine eigenständige politische Größe zu werden und sich eine Stammwählerschaft zu erarbeiten. ... SPD und Grüne müßten mehr Druck von links bekommen.“

Der Parteitag, der Manfred Sohn mit großer Mehrheit als Landesvorsitzenden bestätigte, befaßte sich auch mit der aktuellen Situation im Landesverband. So ist die Mitgliederzahl von 3355 Ende 2010 auf gegenwärtig 2961 zurückgegangen. In einem Strategiepapier wurde die Durchsetzung einer neuen Kultur in der Parteiarbeit gefordert. Es gibt viele Mitgliederversammlungen, so der nd-Bericht, „die in Klima und Verlauf abschrecken“. Auch diese Tatsache hatte Auswirkungen auf die Wahlen.

Vor der Partei stehen im Herbst dieses Jahres mit den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, besonders aber mit der Bundestagswahl drei wichtige Wahlen. Die Parteivorsitzenden haben am 28. Januar einen Brief an die Mitglieder der Partei geschrieben, der dieser Ausgabe unserer Zeitung beiliegt. Auf zwei Sätze daraus möchte ich aufmerksam machen: „DIE LINKE kämpft in diesem Jahr um ihren Platz in Politik, Gesellschaft und sozialen Bewegungen ... Die Herausforderungen dieses Jahres können wir nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung bestehen.“

Wahlkampf Vorbereitung im Wahlkreis Anhalt

Lothar Boese

Am 12. Februar fand im Bahnhofshotel in Köthen ein erstes großes Treffen in Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf im Wahlkreis Anhalt statt. Dazu eingeladen hatte Jan Korte, Direktkandidat unserer Partei in diesem Wahlkreis, gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden aus Anhalt-Bitterfeld und dem Salzlandkreis. Zahlreiche Genossinnen und Genossen waren erschienen, um über die Wahlkampfstrategie zu diskutieren. Den Einstieg dazu gab Steffen Twardowski – in der Bundestagsfraktion für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig – mit einer detaillierten Analyse aktueller Umfrageergebnisse und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Der Redner wies als erstes darauf hin, dass die Ausgangslage anders ist, als vor vier Jahren. Die „Vertrauenswürdigkeit“ der LINKEN bei den Wählern hat abgenommen, die der SPD – mit zunehmendem Abstand zur Ära Schröder und mit linker Rhetorik in Abgrenzung zur gegenwärtigen Bundesregierung – hat zugenommen. Hinzu kommt: Es herrscht noch keine Wechselstimmung. Viele Wähler fragen: Was ist die Alternative? SPD und Grüne gerieren sich „links“. Ist das aber ernst gemeint? Warum findet trotz aller Enttäuschungen und Skandale die CDU immer noch relativ großen Zuspruch? Weil diese Partei scheinbar „stabile Verhältnisse“ garantiert, Kontinuität bietet, „Experimente“ ablehnt. „Merkel wird uns durch die Krise führen“, glauben immer noch viele Wählerinnen und Wähler und vergleichen die Situation hier mit der in Griechenland, Spanien und Italien. Deshalb, so der Rat des Referenten, sollte DIE LINKE klug überlegen, was und warum und wie sie kritisiert. Es darf nicht fundamentalistisch alles und jedes schlecht gemacht werden.

Die Stammwählerschaft der LINKEN beträgt insgesamt etwa vier Prozent, elf im Osten, drei im Westen. In der Region Ost ist der Anteil Nichtwähler höher als im Westen. Deshalb und wegen der ungleichen Einwohnerverteilung kommt in der Regel je die Hälfte der LINKE-Stimmen



Steffen Twardowski erklärt aktuelle Wahlumfragen (Foto: privat)

aus West und Ost. Immerhin können sich aber 17 Prozent aller Wähler vorstellen, jemals LINKE zu wählen. Dieses Potenzial größtmöglich zu erschließen, ist Aufgabe im Wahlkampf. Ein Hinderungsgrund: DIE LINKE ist vielen Menschen, vor allem im Westen, zu wenig bekannt. „Eine Partei, die nicht erlebt wird, wird nicht gewählt.“

Und das empfahl er: DIE LINKE muss mutig und frech auftreten, darf aber nicht übertreiben. Sie darf nicht nur auf Protestwähler setzen, denn deren Anteil sinkt. Vertrauen muss wiedergewonnen werden. In dieser Beziehung gilt auch auf der Straße „Kontakt geht vor Inhalt“, das heißt, erst muss eine Vertrauensbeziehung zum Gegenüber aufgebaut werden, bevor Argumente überhaupt wirken können. Zu einem glaubwürdigen Auftritt unserer Partei gehört auch, Wählerinnen und Wähler in die Politikverwirklichung mit einzubeziehen („Mitmachwahlkampf“; das Angebot, fortschrittliche Politik mit durchsetzen zu helfen). Die Innenpolitik wird wahlentscheidend sein. Dazu gehören Finanzen, Eurokrise, Arbeit und Soziales. DIE LINKE muss die Alltagsfragen aufgreifen. Das heißt: Wofür will DIE LINKE Geld ausgeben? DIE LINKE kümmert sich um die Menschen, um Rentner, Arbeitslose, Alleinerziehende. Letztere gehören leider überdurchschnittlich zu den Nichtwählern. DIE LINKE muss am Thema Rente dran-

bleiben. Riexinger macht es. DIE LINKE muss zeigen, wann und wo sie Positives bewirkt hat, sowohl in der Opposition als auch in verschiedenen Landesregierungen. Es gilt: Das Licht nicht unter den Scheffel stellen! Im Wählergespräch muss die eigene Position dargestellt, die Lücken und weißen Flecken bei der SPD aufgezeigt werden. Auf den Wahlkampf im Internet kann nicht verzichtet werden. Vor allem jüngere Wähler beziehen von dort ihre Informationen. Es darf aber keine „Zeitung auf dem Bildschirm“ sein. Das gleiche gilt für den Facebook-Auftritt. Er hat den Riesenvorteil der Interaktivität. Wie immer in Wahlkampfzeiten ist damit zu rechnen, dass von den politischen Gegnern das Thema „Gysi und die Stasi“ wieder aufgewärmt wird. Deshalb ist es nicht verkehrt, dass es schon jetzt passiert, und nicht erst im Sommer. Wahlkampf ist zu Teilen leider auch eine Materialschlacht. DIE LINKE mit ihren begrenzten finanziellen Ressourcen, ohne die Spenden der Konzerne und Verbände, kann da nicht mithalten. Dagegen halten heißt: Früh anfangen! In Anhalt hat DIE LINKE einen unschätzbaren Vorteil. Das ist die Bekanntheit des Direktkandidaten aus acht Jahren intensiver Wahlkreisarbeit.

In der sich anschließenden Diskussion zeigte sich, dass es eine breite Unterstützung für die bevorstehenden Aufgaben gibt und viele motivierte Genossinnen und Genossen bereit stehen, um erneut für ein gutes Ergebnis im September zu kämpfen. Es bestand Einigkeit darin, nicht mehr zu zögern, sondern schon jetzt mit erhöhter Aktivität in der Öffentlichkeit, auch mit Infoständen auf der Straße, den potenziellen Wählerinnen und Wählern gegenüber zu treten. Schließlich gilt es, die Zeit des Wahlkampfes auch für Mitglieder- und Kandidatenwerbung zu nutzen. Im Anschluss an die Veranstaltung wurde Wahlkreismitarbeiter Jörg Lemmert zum Leiter des Wahlbüros und damit zum Wahlkampfkoordinator für den Wahlkreis Anhalt berufen.

Zum neuen Polizeigesetz der Landesregierung

Henriette Quade

Sachsen-Anhalt soll ein neues Polizeigesetz bekommen. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf sieht eine enorme Ausweitung polizeilicher Befugnisse vor.

So soll die Polizei beispielsweise ermächtigt werden, Telefongespräche und Internetkommunikation umfassend zu überwachen und sogar zu unterbrechen. Sogenannte Gefährdungslagen können auch Demonstrationen oder Kundgebungen im Sinne des Versammlungsgesetzes sein. Polizei wäre damit berechtigt, die Kommunikation von Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer politischen Demonstration, wie z.B. einer Antinazidemo, nicht nur weiträumig abzuhören, sondern auch zu unterbrechen. Auch ohne richterliche Anordnung. Der Überwachungsstaat rückt ein Stück näher.

Auch mit der Einsatzmöglichkeit von Späh- und Schnüffelsoftware wie dem Staatstrojaner soll Polizei die Möglichkeit bekommen, das Privatleben von Menschen zu durchleuchten, ohne dass überhaupt eine Straftat begangen wurde. Dass der Staatstrojaner vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beurteilt wurde, kümmert die Landesregierung dabei offenbar wenig.

Zusätzlich soll die Videoüberwachung des öffentlichen Raums weiter ausgebaut werden. Wer in eine Straßenverkehrskontrolle gerät, soll künftig gefilmt werden können. Denn es besteht ja die Möglichkeit, dass er aggressiv werden könnte. Zufällig vorbei gehende Passanten können dabei ebenso mitgefilmt werden wie Kinder und andere Mitfahrerinnen und Mitfahrer. Allein das schränkt Grundrechte massiv ein. Sogenannte Anhaltesituationen sind aber auch Kontrollpunkte, die im Vorfeld von Demonstrationen oder auch Fußballspielen eingerichtet werden, um die Anreise zu kontrollieren. Wer damit rechnen muss, registriert zu werden, weil er an einer Demonstration teilnehmen könnte, der kann von seinem Recht auf Versammlungsfreiheit nicht uneingeschränkt Gebrauch machen. In einem Rechtsstaat



wäre das ein unhaltbarer Zustand.

Auch mit der vorgesehenen Möglichkeit, Alkoholverbote an öffentlichen Plätzen auszusprechen, wird das selbstbestimmte Leben von Menschen zu Gunsten eines vermeintlichen Sicherheitsgewinns unzulässig eingeschränkt. Zudem wird hier der Eindruck vermittelt, gesellschaftliche Probleme wie Alkoholmissbrauch ließen sich durch Verbote lösen. Für DIE LINKE steht fest: Verbote führen lediglich zur Verdrängung der Probleme, was sich in Kommunen, die diese Alkoholverbote bereits ausgesprochen haben, sehr genau beobachten lässt. Ordnungspolitische Vorstöße wie dieser sind in unseren Augen eher Augenwischerei als tatsächliche Problemlösung. Eine verbesserte Präventionsarbeit und eine Finanzausstattung, die den Kommunen die Chance gibt, diese umzusetzen, wären viel notwendiger Schritte.

Die Landesregierung versucht mit dem neuen Polizeigesetz den Eindruck zu erwecken, in Sachsen-Anhalt gäbe es riesige Sicherheitslücken, die dringend geschlossen werden müssten. Die unverhältnismäßige Einschränkung von grundgesetzlich und in der Landesverfassung verbrieften Grundrechten nimmt sie dabei nicht nur leichtfertig in Kauf – sie betreibt ihn auch ganz bewusst.

Zahlreiche Sachverständige haben in der ExpertInnenanhörung des Landtages juristische und verfassungsrechtliche, fachliche und auch medizinische Einwände gegen den Gesetzesentwurf der Landesregierung dargestellt. Insbe-

sondere auch die Frage der vorgesehenen Möglichkeit zum Zwangstest bei Verdacht auf Vorliegen einer infektiösen Erkrankung, wie zum Beispiel HIV, ist dabei scharf kritisiert worden. Die Landesregierung wäre gut beraten, der vielfältigen Expertise, die sich aus dieser Anhörung ziehen lässt, zu folgen. Das würde jedoch einen grundsätzlich anderen Gesetzesentwurf erfordern. Damit können wir leider nicht rechnen.

Statt polizeiliche Kompetenzen auf rechtlich zweifelhafter und teilweise unzulässiger Grundlage auszuweiten, statt Sicherheitslücken zu suggerieren, die es gar nicht gibt, statt des weiteren Ausbaus von law and order braucht es aus Sicht der LINKEN ganz andere Dinge: Die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte auch in geschlossenen Einsätzen, also z.B. bei Demonstrationen, ist, das zeigen auch die Erfahrungen von 12 Januar in Magdeburg, längst überfällig. Es ist weder ein prinzipielles Mißtrauensvotum, noch ein Sicherheitsrisiko für die einzelnen Polizistinnen und Polizisten. Es ist eine für die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit polizeilichen Handelns zwingend notwendige Voraussetzung und damit ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit.

DIE LINKE wird, sollten CDU und SPD das Polizeigesetz so beschließen, gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Klage vor dem Landesverfassungsgericht einreichen. Wir sind davon überzeugt, dass wesentliche Teile des Gesetzesentwurfs der Landesregierung nicht nur politisch falsch sind, sondern auch gegen die Verfassung des Landes verstoßen.

Wenn elementare Grundrechte, wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung oder auch das Recht auf freie Versammlung zu Gunsten eines fragwürdigen Sicherheitsgewinns eingeschränkt werden sollen, stirbt Freiheit mit Sicherheit.

Henriette Quade ist Mitglied des Landtages

Visionen und kleine Schritte – die Herausforderung Kommunalpolitik

Zur Arbeit der Fraktion der LINKEN im Stadtrat Schönebeck

Sabine Dirlich

Als wir im März 2009 unser Wahlprogramm für die laufende Wahlperiode geschrieben haben, wollten wir für unsere Stadt Schönebeck Visionen und kleine Schritte. Unsere Visionen werden wir uns bewahren, auch wenn es schwer sein wird, sie zu verwirklichen. Und die Schritte, die unsere Stadt gemacht hat, waren in der Tat klein.

Nach wie vor hat die Altstadt Priorität in den Diskussionen um die Zukunft der Stadt. Die Dimension der Probleme in der Altstadt ist aber auch riesig geworden, weil sie zu lange vernachlässigt wurde. Noch immer fehlen verkehrsberuhigte Zonen. Noch immer ist die Verkehrsführung nicht optimal. Ein attraktiver Stadtkern sieht anders aus. Allerdings haben sich in den vergangenen Jahren andere Probleme weit in den Vordergrund geschoben.

Eines der gravierendsten Probleme der Stadt Schönebeck ist das gestiegene Grundwasser. Dieses Problem zu lösen, verlangt von allen Beteiligten nicht nur großes Engagement, sondern vor allem viel Geduld. Besonders schwierig ist die Situation in Schönebeck deshalb, weil die Ursachen des Wassers in den Kellern vielfältig sind. Da ist zum Beispiel die eingestellte Wasserhaltung im ehemaligen Wasserwerk, die das Grundwasser steigen lässt. In Folgelehen steht das Wasser schon seit 1996 in manchen Kellern. Die Nerven liegen blank. Da wurden vor und nach der Wende viele Flächen versiegelt und die natürliche Versickerung funktioniert spätestens dann nicht mehr, wenn es wie in den letzten Jahren so viel Niederschlag gibt. Und manche Keller stehen erst im Wasser, seitdem Baumaßnahmen in der Straße stattgefunden haben und die ehemals porösen Abwasserleitungen durch intakte ersetzt wurden, was auch die Ableitung von Grundwasser verhindert. Inzwischen wurden mit Hilfe eines Pilotprojekts die Wasserverhältnisse in und um Schönebeck erkundet und dokumentiert und erste Maßnahmen zur Beseitigung der Probleme vorgeschlagen.



Schönebeck-Bad Salzelmen

(Foto: privat)

Nun muss es an die Umsetzung gehen. Ganz einfach wird auch das nicht, weil der Haushalt von Schönebeck schon jetzt überlastet ist. Es ist in jedem Jahr eine der schwierigsten Entscheidungen, ob wir dem Haushalt zustimmen können und unter welchen Bedingungen.

Die Tatsache, dass 70 % aller Kommunen in Deutschland keinen ausgeglichenen Haushalt mehr haben, beweist, dass es einer Veränderung der Kommunalfinanzen durch Bund und Länder bedarf. Es geht nicht so weiter, dass den Kommunen immer wieder neue finanzielle Bürden aufgelastet werden, ohne für die nötige Grundlage dafür zu sorgen.

Eine lebenswerte Stadt ist eine soziale Stadt. Auch mit diesem Anspruch sind wir zur Wahl angetreten. Und wir müssen diesen Anspruch immer wieder verteidigen. Zum Beispiel wenn es in jedem Jahr um die Zuschüsse für die Jugendeinrichtungen geht. Es nervt, dass wir diesen Kampf in jedem Haushaltsjahr erneut führen müssen. Ohne Frage müssen wir sparsam mit den Ressourcen der Stadt umgehen. Und Probleme haben wir nicht nur an einer Stelle. Das darf aber nicht zum Wegbrechen sozialer Strukturen führen. Jugendarbeit, Sport und Kultur gehören zu einer lebenswerten Stadt genauso dazu wie eine zukunftsfähige Schulstruktur und gute Lernbedingungen.

Immer wieder wird von der CDU-Fraktion in unserem Stadtrat der städtische Bauhof angegriffen. Sie sähe es am liebsten, wenn alle Leistungen, die der Bauhof für die Stadt erbringt, von privaten Firmen

ausgeführt würden. Dass dies nur auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht, ist ihr offenbar völlig egal. Wir halten an der öffentlichen Daseinsvorsorge fest und werden städtische Einrichtungen nicht zur Privatisierung freigeben.

Manchmal sind unsere Probleme aber auch ganz profan. Wir ärgern uns immer wieder darüber, dass im Stadtrat über Fragen so diskutiert wird, als ob es keine Ausschüsse gäbe, deren Aufgabe es ist, Themen vor zu beraten und die Streitfragen zu bereden. Oder als ob strittige Fragen in den Fraktionen nicht zur Sprache kommen.

Eine Herausforderung war und ist das Zusammenwachsen der neuen Ortsteile mit der Kernstadt nach der Gemeindegebietsreform. Dass es doch so problembeladen wird, hätten wir nicht gedacht, weil schon sehr lange eine Verwaltungsgemeinschaft bestand. So allmählich gelingt es aber. Unsere Fraktion kann das ganz gut beurteilen, weil zwei unserer Fraktionsmitglieder aus Pretzien stammen. Wir haben ein wenig dazu beigetragen, indem wir eine Stadtratssitzung in Pretzien beantragt haben.

Kommunalpolitik ist eine Herzensangelegenheit. Viel Arbeit und wenig „Lohn“. Wir haben engagierte Mitstreiterinnen. Was uns nach wie vor fehlt, ist der Nachwuchs. Das ist eine Aufgabe, der wir uns jetzt verstärkt widmen wollen. Die Vorbereitung der Kommunalwahl im nächsten Jahr muss jetzt beginnen. Wir sind Optimisten.

Sabine Dirlich ist Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Schönebeck

Fast 3000 Unterschriften für Familie Kalashyan übergeben

Jörg Lemmert

Die Unterschriftenkampagne für die armenische Familie Kalashyan wurde am 22. Januar erfolgreich beendet. Wie die DLZ bereits berichtete, werden die Kalashyans wegen ihrer jesidischen Abstammung verfolgt und leben deswegen seit einigen Jahren in Deutschland. Ihre Kinder zeigen gute Leistungen in der Schule, die ganze Familie hat in der Evangelischen Talstadtgemeinde in Bernburg viele neue Kontakte gefunden. Die zum Christentum konvertierte Familie müsste in Armenien um ihr Leben fürchten. Trotz der Ermordung und Verletzung mehrerer Familienangehöriger und der erlittenen Traumatisierung wird den Kalashyans der Flüchtlingsstatus bislang verwehrt.

Fast 3000 Unterschriften kamen am Ende auf den Listen, die überall im Raum Bernburg unterwegs waren, und bei der Online-Petition auf www.change.org zusammen. Im Beisein von Presse und Fernsehen wurden die Listen am 23. Januar an Ulrich Gerstner, Landrat



Unterschriftenübergabe beim Innenminister
(Foto: privat)

des Salzlandkreises, übergeben. Pfarrer Johannes Lewek und weitere Unterstützer der Kampagne nutzten den Termin, um mit dem Landrat ins Gespräch zu kommen. Gerstner hatte den für den 5. Februar 2013 festgesetzten Abschiebetermin aufgehoben, indem er anwies, ein weiteres Gesundheitsgutachten für die Reisefähigkeit einzuholen. Ein erster wichtiger Erfolg, auch wenn das dauerhafte Bleiberecht damit noch nicht erreicht wurde. Aus diesem Grund wurden die gesammelten Unterschriften am

14. Februar auch noch an Innenminister Holger Stahlknecht übergeben. Bei der Übergabe im Innenministerium durch MdB Jan Korte zeigte sich der Abgeordnete beeindruckt von der Solidarität unter Nachbarn und Mitbürgern der Familie. „Das Engagement und die Beteiligung an der Unterschriftenkampagne zeigen ja auch, dass die Kalashyans hier ein Zuhause gefunden haben und Teil der Gesellschaft sind. Ich hoffe, dass es eine Entscheidung im Sinne der Familie und insbesondere der Kinder gibt, aus menschlichen Gründen ist dies die einzige Option“, so der Abgeordnete.

Jetzt entscheidet die Härtefallkommission des Landes über das endgültige Bleiberecht der Kalashyans. Anfang März wird es ein Votum geben, das dann noch vom Innenminister bestätigt werden muss. Nachdem in den letzten Wochen enormer gesellschaftlicher Druck aufgebaut wurde, hoffen alle Beteiligten natürlich auch auf eine positive Entscheidung.

Politstammtisch in Staßfurt mit MdL Dr. Frank Thiel

Klaus Magenheimer und Franz Meier

In letzter Zeit entwickelte sich im Ortsverband und der Stadtratsfraktion eine Unzufriedenheit über die gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Situation in Staßfurt.

Weiterer Abbau von Arbeitsplätzen und Mindereinnahmen in die Stadtkasse sind nicht länger mehr hinnehmbar. Wenig spürbar sind Aktivitäten des Oberbürgermeisters und der Verwaltung. Die Fragestellung ist, was können wir als LINKE mit unseren kommunal-politischen Mitteln bewirken, um notwendige Veränderungen herbeizuführen.

Zu unseren Stammtisch am 6. Februar hatten wir darum den wirtschaftspolitischen Sprecher unserer Landtagsfraktion Dr. Frank Thiel eingeladen.

Ausgehend von einer sehr gründlichen Analyse der Staßfurter Situation, die er sich im Vorfeld erarbeitet hatte, legte er dar, was uns in diesem Prozess wichtig sein sollte. Hierbei nannte er solche Punkte wie: Wertschöpfung

und Vernetzung mit einheimischen Unternehmen, Schaffung von Existenz sichernden Arbeitsplätzen. Wichtig ist auch, vorhandene kommunale Unternehmen und Gesellschaften, aber auch ansässige Privatunternehmen zu stärken und zu erweitern.

Ständig sollten wir davon ausgehen, was würde ein potentielles Unternehmen bewegen, sich gerade in Staßfurt niederzulassen. Dazu zählte er eine Reihe von Voraussetzungen auf, wie verkehrstechnische Anbindung, vorhandene qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine vielseitige Infrastruktur mit medizinischer Versorgung, Kindertagesstätten, Schulen, Sportstätten und kulturellen Einrichtungen. Besonders dieser letzte Punkt führte bei den anwesenden GenossInnen und vielen interessierten BürgerInnen zu lebhafter Diskussion.

Zuviel brachliegende Grundstücke und ehemalige Gewerbe- und Industriebrachen verschandeln das Stadtbild und

andererseits wurde bisher zu häufig auf wertvolles Ackerland ausgewichen. Durch Ausbau und Qualifizierung vorhandener Unternehmen ist ihre Attraktivität auszuweiten, weil es unwahrscheinlich ist, in nächster Zeit mit großen Ansiedlungen rechnen zu können. Unter kapitalistischen Bedingungen stoßen manche unserer Möglichkeiten jedoch auch an Grenzen.

Am Ende bestand Einigkeit darüber, dass dieses Thema sowohl in der Fraktion als auch in der gesamten Arbeit des Ortsverbandes weiter verfolgt werden muss. Der Gedankenaustausch sollte auch über die Parteigrenzen hinaus mit jedem Interessierten geführt werden. Frank Thiel erklärte sich bereit, auch künftig uns bei der Suche nach Antworten zu dieser Thematik zu unterstützen.

Klaus Magenheimer und Franz Meier sind Mitglied im Ortsverband Staßfurt

Mahnendes Gedenken an die Opfer des Naziregimes

Siegfried Mahlfeld

Am 27. Januar dieses Jahres beginnen alle friedliebenden Menschen des Landes den 68. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee. Auschwitz ist zum Inbegriff für den deutschen Massenmord an Sinti, Roma, Juden und andere NS-Verfolgte geworden, die in das 60 Kilometer südlich von Krakau gelegene KZ deportiert wurden.

Auf Anregung des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog wird dieser Tag seit 1996 als bundesweiter Gedenktag an die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft begangen. Deshalb riefen Ortsverband und Stadtratsfraktion der Partei DIE LINKE. zum Gedenken und zur Mahnung auf den Staßfurter Friedhof auf, dem zahlreiche Vertreter von Parteien, Verbänden und Institutionen folgten.

Mit bewegenden und mahnenden Worten erinnerte Rednerin Sigrid Kullack vom Staßfurter Bergmannsverein an die damaligen Verbrechen und zitierte dabei Zeilen aus dem bekannten Lied der Moorsoldaten: „Auf und nieder gehen die Posten, keiner, keiner kann hindurch.



Sigrid Kullack bei Ihrer Rede auf dem Friedhof in Staßfurt
(Foto: privat)

Flucht wird nur das Leben kosten, vierfach ist umzäunt die Burg.“ Gefangene, die körperlich robust erschienen, mußten zum Beispiel für das Chemieunternehmen IG Farben bei völlig unzureichender Kleidung, Ernährung und medizinischer Versorgung schwerste Zwangsarbeit leisten. Nach wenigen Monaten waren die Arbeitsklaven ausgezehrt, starben an Unterernährung, Kälte oder infolge von Arbeitsunfällen. Häftlinge, die nicht mehr arbeiten konnten, wurden ins Vernichtungslager zurückgeschickt, in vier Gaskammern getötet und anschließend in riesigen Krematorien verbrannt. Auch zu bestialischen

medizinischen Experimenten wurden Frauen und Kinder missbraucht.

Als zur Befreiung die Truppen der Sowjetarmee 1945 das Tor mit der zynischen Überschrift „Arbeit macht frei“ erreichten, hat der Holocaust weit über sechs Millionen Menschen das Leben gekostet. Doch leider wurden nach Kriegsende nicht überall in Deutschland Altnazis konsequent bestraft bzw. kamen sogar wieder in Amt und Würden.

Immer und immer wieder muss an die NS-Verbrechen erinnert werden. Niemals wieder dürfen sich Deutsche wieder an Angriffskriegen beteiligen! Frau Kullack machte gleichzeitig auf das rechtsextremistische Gedankengut in der gegenwärtigen Zeit aufmerksam und mahnte mit den Worten „Wehret den Anfängen“, allen rechten Parolen überall entschieden und couragiert entgegen zu wirken.

Mit einer Schweigeminute gedachten abschließend die Anwesenden der Toten, und Klaus Magenheimer sowie Siegfried Mahlfeld von der Partei DIE LINKE legten einen Kranz nieder.

Siegfried Mahlfeld ist Sprecher des Ortsverbandes Staßfurt

Jan Korte wieder in der Egelner Mulde unterwegs

Jörg Lemmert

Anfang Februar war MdB Jan Korte wieder im Salzlandkreis unterwegs. Es standen u.a. drei Stationen in der Verbandsgemeinde Egelner Mulde auf dem Programm.

Zur öffentlichen Bürgersprechstunde am Morgen auf dem Egelner Markt gab es wieder die Gelegenheit, Fragen, Anregungen und Kritik an den Abgeordneten heranzutragen. Eine Chance, die die Bürgerinnen und Bürger auch wieder nutzten, um z.B. kommunale Probleme anzusprechen und Entscheidungen des Deutschen Bundestages zu hinterfragen.

Zur anschließenden Scheckübergabe in der alten Ziegelei Westeregeln traf sich Jan Korte mit Mitgliedern des Fördervereins des bedeutenden Bau- und Indu-



Scheckübergabe in der Alten Ziegelei
(Foto: privat)

striedenkmals. Für ein Buchprojekt des Vereins übergab er einen Scheck über 100 € an den Vorsitzenden Karl-Heinz Schreiber, der bei dieser Gelegenheit über die Vorhaben fürs neue Jahr berichtete. Am Kindertag wird es z.B. wieder das

traditionelle Ziegeleifest geben.

Danach ging es in die touristische Begegnungsstätte „Tarthuner Wöhl“. Seit 2003 betreibt die Lebenshilfe Bördeland die malerisch in der Auenlandschaft der Bode gelegene Einrichtung. Bereits seit Jahrzehnten wird das Objekt als Landschulheim genutzt. Heute finden hier u.a. auch Familienfeiern und Vereinstreffen statt. Frau Schöler von der Lebenshilfe führte durch die Begegnungsstätte, in der vor allen Menschen mit Behinderungen arbeiten, und berichtete von der guten Auslastung und den regen Aktivitäten auf dem Gelände am Rande der Gemeinde Tarthun.

Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Februar
recht herzlich

Zum 90. Geburtstag
Anna Gieseler

Zum 89. Geburtstag
Edeltraut Mäkel

Zum 86. Geburtstag
Gerda Speck
Dorothea Hesse

Zum 82. Geburtstag
Alfred Müller

Zum 81. Geburtstag
Gertrud Breithaupt
Wilhelm Drange
Willi Wolter

Zum 80. Geburtstag
Horst Hepting
Rudi Baldt
Wolfgang Grötschel

Zum 75. Geburtstag
Isolde Hampe
Hans-Werner Moede

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im Februar
Geburtstag haben



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
06.03.2013 um 18 Uhr im Fraktions-
büro Staßfurt (Grenzstraße 11).

LINKE Straßengespräche in Aschersleben

Am 14.03.2013 um 10 Uhr auf dem
Holzmarkt in Aschersleben.

Internationaler Frauentag 8. März 2013

Allen GenossInnen, Sympathisantinnen
und Leserinnen unsere besten
Wünsche!

Viel Erfolg auch weiterhin bei der
Verwirklichung des Rechts auf
Selbstentfaltung in und außerhalb
der LINKEN.

Kreisvorstand und Redaktion.

Hartz IV-Infogespräche im Bern- burger Bürgerbüro

Am 07.03.2013 steht **MdB Halina
Wawzyniak** von 10 Uhr bis 12 Uhr
wieder für konkrete Anfragen zur
Verfügung. Interessenten
lassen sich bitte einen Termin unter
03471/622947 geben.

Veranstaltung zum 130. Todestag von Karl Marx

DIE LINKE Staßfurt lädt zusammen
mit der Rosa Luxemburg Stiftung
am 13.03.2013 zu Vortrag und Dis-
kussion mit Heinz Sonntag. Ab 17
Uhr in Meyer's Bräustb'l (Hohenerx-
lebener Str., Staßfurt)

Das nächste **Erwerbslosenfrüh-
stück im Bernburger Bürgerbüro**
findet am 25.03.2013 um 10 Uhr
statt. Prof. Peter Kaufmann steht
dieses Mal für Fragen des Miet-
rechts zur Verfügung.

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 11. März 2013 und Re-
daktionsschluss war der 14. Februar
2013

Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE (Einführung)

Vortrag und Diskussion mit
MdL Dr. sc. André Brie
am Montag, dem 04.03.2013,
um 18 Uhr in der Gaststätte
Alte Molkerei, Bernburg

Der Kreisvorstand

Frauentagsfeier DIE LINKE Bernburg

Am 08.03.2013 gibt es ab 15 Uhr
ein buntes Programm mit Kaffee
und Kuchen in der Begegnungsstät-
te der Volkssolidarität (Wilhelmstra-
ße 1), zu dem wir alle InteressentIn-
nen herzlich einladen.

Der Ortsvorstand

DIE LINKE. Saale-Wipper begeht den Frauentag

Am 08.03.2013 gratulieren wir um
10 Uhr in Alsleben und um 14 Uhr in
Güsten mit Blumen.
Um 16 Uhr laden wir alle Frauen der
Verbandsgemeinde Saale-Wipper
zu Kaffee, Kuchen und Sekt in den
Gemeinderaum nach Amesdorf ein
(Kirchstraße 9)

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:
Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

Mail:dielinke-salzlandkreis@t-on-
line.de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),

Joachim Redmann,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.